



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.09.2017**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:32 Uhr bis 18:56 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Ausschussvorsitzende
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:31 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:22 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 16:35 bis 17:28 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Rothe
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreterin für Herrn Helmich
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 16:38 Uhr
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:52 Uhr
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung/Amtstierärztin
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Toralf Fischer	Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich IV
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

### **Gäste**

Annkatriin Gack	Projekt Hysterie
Hedwig Weiha	Projekt Hysterie
Elisabeth Otto	Projekt Hysterie

### **Entschuldigt fehlten:**

Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Katharina Brederlow	Beigeordnete

Dr. Christine Gröger                      Fachbereichsleiterin Gesundheit  
Norwin Dorn                                Seniorenrat  
Igor Matviyets                              Sachkundiger Einwohner  
Susanne Willers                            Sachkundige Einwohnerin  
**zu            Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu 1            Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung  
und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2            Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Haupt** schlug vor den **TOP 7.3 Vorstellung FreimFelde e. V. – Projekt Hysterie** als erstes zu behandeln und anschließend **TOP 7.1 Aktueller Stand Asyl und Flüchtlinge**

**Herr Senius** vertagte den Punkt 5.2 bis nach den Haushaltsberatungen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

- 7.3. Vorstellung FreimFelde e. V. – Projekt Hysterie
- 7.1. Aktueller Stand Asyl und Flüchtlinge
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Niederschrift vom 08.06.2017
- 4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Neufassung der Förderrichtlinie im Bereich Gleichstellung  
Vorlage: VI/2017/03209
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von  
Kinderarmut  
Vorlage: VI/2017/03055
- 5.2. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über die  
Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses*  
Vorlage: VI/2017/03069

vertagt

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.2. Vorstellung Angebote Haus der Wohnhilfe
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

### zu 7.3 Vorstellung FreimFelde e. V. – Projekt Hysterie

---

*Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.*

**Frau Haupt** beantragte das Rederecht für Annkatrin Gack, Hedwig Weiha und Elisabeth Otto.

Es gab keine Einwände.

**Frau Haupt** fragte, ob es eine Koordination mit jungen Frauen aus Schulen in Halle gibt.

Die Vertreterin des Projekts Hysterie sagte, dass es bisher keine Kooperationen gibt aber Workshops zum Auflegen und zu Mischsystemen geplant sind.

**Herr Dr. Ali** sagte, dass es in Halle den Dachverband für Migrantorganisationen gibt mit einem Projekt Mut / Mutmacherinnen für geflüchtete Frauen, die an solchen Themen auch sehr interessiert sind und über die ebenso Förderanträge gestellt werden können.

**Herr Kieslich** fragte, ob das Projekt auch auf dem Fest des Freimfelde e. V. vertreten ist.

Die Vertreterin des Projekts Hysterie antwortete, dass das Projekt an den Freimfelde e. V. angegliedert ist, jedoch eigenständig arbeitet und auf dem Fest bisher nicht vertreten war.

### zu 7.1 Aktueller Stand Asyl und Flüchtlinge

---

**Herr Paulsen** sagte, dass sich zum 31.07.2017 624 Asylbewerber, 887 geduldete und 5708 anerkannte Flüchtlinge in der Stadt Halle befinden.

Im Juli gab es 47 Zuweisungen und insgesamt im Jahr 2017 waren es 236 zugewiesene Personen. Im Jahr 2017 fanden bisher 28 Abschiebungen - statt, davon 9 im Juni. Insgesamt sind 484 von 561 Wohnungen bewohnt und 77 leer. 158 Wohnungen sollen zurückgegeben werden und für ca. 30 Personen wurden eigene Mietverträge mit den Wohnungsgenossenschaften vermittelt.

**Frau Haupt** sagte, dass sich in der Praxis zeigt, dass einzelne Mieter bereits aus Wohnungen ausgezogen sind und die verbliebenen Mieter ggf. in großen Wohnungen zurückbleiben. **Frau Haupt** fragte, wie hier mit den MieterInnen umgegangen wird? Kann

eine kleinere Wohnung bereitgestellt werden? Wie verhält es sich mit den Einrichtungsgegenständen?

**Herr Paulsen** antwortete, dass das Ziel ist, dass kein Mensch ausziehen muss. Es gibt öfter den Fall, dass sich Wohnungsgemeinschaften auflösen und nur eine Person in der Wohnung verbleibt. Dieser Zustand ist jedoch keine Dauerlösung, da eine Vollbelegung Ziel ist. Formal wird den Personen dann gekündigt und innerhalb von 6 Wochen können sie neue Mitmieter suchen oder in eine andere Wohnung ziehen. Die Verwaltung unterstützt die Mieter bei der Vermittlung von Mitmietern. Wenn die Vermittlung nicht geklappt hat, erfolgt eine kurze Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft.

Einrichtungsgegenstände von Wohngemeinschaften verbleiben in der Wohnung außer Verbrauchsgegenstände wie Geschirr und Matratzen. Bei Wohnungen von Einzelpersonen oder Familien können die Gegenstände mitgenommen werden, es besteht in der neuen Wohnung dann kein Anspruch auf eine neue Einrichtung.

**Herr Dr. Wöllenweber** bat darum die Zahlen schriftlich darzustellen. Er stellte fest, dass -die Fluktuation sehr stark ist.

**Herr Paulsen** erklärte, dass sich Familien selber Wohnungen in anderen Stadtteilen suchen, Wohngemeinschaften sich auflösen oder Personen abgeschoben werden.

**Herr Schachtschneider** bat darum, die schriftliche Darstellung um eine Information zu- den Gemeinschaftsunterkünften zu ergänzen. Herr Schachtschneider fragte, was für die Gemeinschaftsunterkunft an der Magistrale bezahlt wird.

**Herr Baus** sagte, dass der Vertrag 450 Plätze vorsieht.. Mündlich wurde mit dem Vermieter abgesprochen, dass nur 300 Plätze fertiggestellt werden müssen und 2 Eingänge. Nur diese 300 Plätze werden bezahlt. Bisher gab es keine Probleme.

**Herr Schachtschneider** fragte, warum keine schriftliche Untersetzung erfolgte.

**Herr Baus** sagte, dass eine zusätzliche schriftliche Änderung das Risiko barg, keine Zustimmung zu erhalten und man dieses Risiko nicht eingehen wollte.

**Herr Schachtschneider** fragte, ob es Sozialarbeiter gibt, die Ansprechpartner bei Problemen in Integrationswohnungen sind.

**Herr Paulsen** sagte, dass es keine direkten Sozialarbeiter für die Integrationswohnungen gibt und vermehrt Probleme zum Thema Nachtruhe auftreten, die jedoch im Allgemeinen unter allen BürgerInnen auftreten. Beim Bezug der Wohnung werden die Sitten und Bräuche den Mietern erklärt. Für weitere Probleme steht die Stadtverwaltung immer zur Verfügung.

**Herr Bönisch** fragte, ob die Pauschale vom Land ausreichend zur Deckung der Kosten ist.

**Herr Baus** bestätigte, dass die Pauschale ausreicht und verwies auf die Informationsvorlage von Herrn Bürgermeister Geier im Finanzausschuss.

**Herr Czock** fragte, ob in der Stadtverwaltung Fälle bekannt sind, bei denen anerkannte Asylbewerber Maßnahmen des Jobcenters vorzeitig abgebrochen haben. Er sagte, dass in anderen Städten diese Fälle vermehrt vorgekommen sind.

Die Verwaltung sicherte eine Beantwortung zu.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1 Niederschrift vom 08.06.2017**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Neufassung der Förderrichtlinie im Bereich Gleichstellung  
Vorlage: VI/2017/03209**

---

**Frau Dr. Brock** fragte, warum die Einbeziehung des Fachausschusses reduziert wurde.

**Frau Wildner** erklärte, dass die Formulierungen der bereits beschlossenen Kulturförderrichtlinie angepasst wurden und rechtlich sauber sind. Die Formulierungen ändern nichts an der Handhabung, der Ausschuss kann weiterhin seine Empfehlung aussprechen.

**Frau Dr. Brock** sagte, dass die Wörter „entscheidet entsprechend“ und „entscheidet unter Berücksichtigung“ sich erheblich unterscheiden.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass die alte Formulierung nicht richtig war, da der SGGA kein beschließender Ausschuss ist und demnach keine Beschlüsse fassen kann.

**Frau Wildner** erklärte, dass die neue Formulierung, durch das Rechtsamt geprüft wurde und eindeutig ist, da die Stadtverwaltung die Bewilligungsbehörde ist und der Ausschuss ein empfehlendes Votum geben kann. Die Handhabung bleibt so wie immer.

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte, welche Abgabefrist die gültige ist.

**Frau Wildner** antwortete, dass bisher die Abgaben nach der alten Richtlinie zum 30.06 erfolgen mussten. Wenn die neue Richtlinie gültig ist, erfolgen die Abgaben zum 31.08.

**Frau Dr. Schöps** fragte, ob die Förderanträge dann nicht mehr vorgelegt werden?

**Frau Wildner** sagte, dass diese immer im Ausschuss behandelt werden, um die Meinung und Empfehlung des Ausschusses zu erhalten.

**Frau Dr. Drygalla** sagte, dass alle Geschlechter angesprochen werden sollten und nicht nur Männer und Frauen.

**Frau Wildner** sagte, dass in der Überschrift alle Geschlechter angesprochen werden und für eine Änderung ein Antrag gestellt werden müsste.

**Frau Haupt** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage vorgelegte Neufassung der Förderrichtlinie im Bereich Gleichstellung:

„Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie des Abbaus von Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität“ (Gleichstellungsförderrichtlinie).

---

**zu 5      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen  
Folgen von Kinderarmut  
Vorlage: VI/2017/03055**

---

**Frau Dr. Brock** führte in den Antrag ein und sagte, dass eine Diskussion mit dem Haushalt nicht so umfassend fachlich diskutiert werden würde und aus diesem Grund die Einbringung jetzt erfolgt. Frau Dr. Brock erzählte von ihren positiven Informationen aus anderen Verwaltungen, die das Thema der Neugeburtenbegrüßung pro aktiv angehen und damit eine Steigerung der Annahme erzielen. Diese Vorgehensweise sollte auch in der Stadt Halle angewandt werden, um Eltern zu unterstützen. Jedoch ist es keine Pflicht, es besteht die Möglichkeit diesen Besuch durch die Hebamme abzusagen. Weiterhin sollen Schuluntersuchungen umfangreicher durchgeführt werden und zusätzliches Personal dafür eingestellt werden.

**Frau Schaarschmidt** sagte, dass es zur Neugeborenenbegrüßung eine Begrüßungsmappe mit Gutscheinen und Informationsmaterial und einer Karte mit der Information zur Neugeburtenbetreuung durch eine Hebamme gibt. Weiterhin gibt es viele Angebote durch die Krankenhäuser, wie im Elisabethkrankenhaus die Babylotsen. Es wäre zu überlegen, die Lücke zu den frühen Hilfen zu schließen, da diese etwas später greifen. Zum Thema Familiencoaching gehen die Mitarbeiter des Fachbereiches Gesundheit auf Wunsch der Einrichtungen in Kitas und Grundschulen. Das Thema Kita Sozialarbeit wird derzeit geprüft. Eine Erweiterung der Schulsozialarbeit an Grundschulen wäre denkbar.

**Frau Roth** fragte, wie die Neugeborenenbegrüßung bei Migrantenfamilien abläuft. Gibt es Mitarbeiter, die verschiedene Sprachen beherrschen?

**Herr Kieslich** bemängelte die fehlende Stellungnahme der Verwaltung.

**Herr Dr. Wöllenweber** sagte, dass zum Thema Neugeborenenbegrüßung schon sehr viel getan wird. Im Vordergrund sollte die Verantwortlichkeit der Familie stehen.

**Frau Schubert** sagte, dass häufig das Problem ist, dass die Eltern, die die Hilfe benötigen, diese nicht in Anspruch nehmen. Sie sprach sich positiv für den Antrag aus. In Kitas gibt es unterschiedliche qualitative Ansprüche, daher muss die Leistung verbindlich sein.

**Frau Dr. Schöps** sagte, dass die Ergebnisse anderer Städte mit anderen Methoden berücksichtigt und genau geprüft werden sollten.

**Herr Senius** fragte, wie die Verwaltung, die Erfahrungen der anderen Städte bewertet und warum man sich nicht für eine pro aktive Vorgehensweise entschieden hat. Er fragte, ob die Idee grundsätzlich begrüßt wird, nur im Bereich der Schulsozialarbeit verortet werden soll.

**Frau Schaarschmidt** antwortete, dass die Idee begrüßt wird.

**Frau Seidel-Jähnig** regte an, verschiedene Methoden zu prüfen, da ein Hausbesuch sehr privat ist und vielleicht noch nicht der richtige Weg ist.

**Frau Haupt** sagte, dass einige Fakten fehlen und das Thema nochmals diskutiert werden sollte, wenn mehr vorliegt.

**Herr Schied** fragte, was genau in anderen Städten anders gemacht wird, damit es besser funktioniert. Er sagte, dass auch Familien Hilfe benötigen, die nicht unter das Thema Armut fallen und ob damit die Überschrift nicht unpassend ist.

**Frau Dr. Brock** sagte, dass die Hausbesuche auch abgesagt werden können und der Antrag selbstverständlich für alle Familien gilt.

**Frau Dr. Drygalla** sagte, dass zu Punkt 3 (Übergang Kita zur Schule) überlegt werden sollte, ob es sinnvoll ist die Maßnahmen den beteiligten Stellen zuzuordnen oder ob es besser wäre, eine neue unabhängige Stelle damit zu betrauen.

**Herr Bönisch** sagte, dass vorhandene Stellen ausgebaut und verbessert werden sollten und nicht neue aufgemacht.

**Frau Seidel-Jähnig** hatte die Idee die Begrüßung im Krankenhaus zu erweitern, da diese sehr kurz ausfällt.

**Frau Dr. Brock** sagte, dass sie den Antrag noch inhaltlich untersetzen möchte und ihn daher vertagt. Sie bat weiterhin um eine Stellungnahme der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Haushaltsentwurf 2018 drei zusätzliche Vollzeitstellen und entsprechende Sachmittel im Fachbereich Gesundheit bereitzustellen, um folgende zusätzliche Aufgaben (jeweils eine VzS) ab dem kommenden Haushaltsjahr zu erbringen:

1. Neuausrichtung der „Neugeborenenbegrüßung“
  - Umstellung/ Ausbau dieses niedrigschwelligen Beratungsangebotes für Neu-Eltern zu einem Besuchsservice
  - der Begrüßungsbesuch ist ein freiwilliges und kostenloses Angebot, bei dem eine Mitarbeiter\*in des „Teams Begrüßungsbesuche“ zu den Familien nach Hause kommt - er dient der Information und Beratung der Eltern zu all ihren Fragen in Bezug auf ihre neue Situation des Elternseins
  - das Team der Begrüßungsbesuche ist sozialräumlich vernetzt und kennt relevante Angebote im Stadtraum, wie Stillberatung, Krabbelgruppen oder Babyschwimmen

## 2. Familiencoaching in Zusammenarbeit mit dem EB Kita und als Angebot für andere Träger von Kindertageseinrichtungen

- Koordination und Organisation von Angebote in Kindertageseinrichtungen in den Themenbereichen kindgerechte Entwicklung, Ernährung und Gesundheitsförderung

## 3. Elternberatung an der Schnittstelle Schule

- Information und Beratung der Eltern zu Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf den Schulbeginn in Zusammenhang mit den Vorschuluntersuchungen der Kinder.
- Erarbeitung und Ausreichung von Übersichten zu bestehenden Unterstützungsangeboten, beispielsweise:
  - zu gesunder Ernährung
  - zu kostenlosen und kostenpflichtigen Angeboten für Kinder in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales
  - zu Angeboten der Familienberatungsstellen

Nach zwei Jahren werden die Maßnahmen und deren Umsetzung evaluiert und der Stadtrat über die Ergebnisse informiert.

## zu 6 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## zu 7 **Mitteilungen**

---

### zu 7.2 **Vorstellung Angebote Haus der Wohnhilfe**

---

*Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.*

**Herr Schied** fragte, wann das Haus der Wohnhilfe das letzte Mal saniert wurde und seit wann das Gebäude das Haus der Wohnhilfe ist?

**Herr Baus** antwortete, dass eine Grundsanierung in den neunziger Jahren erfolgte.

**Frau Wunderlich** fragte, wie viele Plätze belegt sind.

**Herr Baus** sagte, dass eine durchschnittliche 75 prozentige Auslastung vorliegt.

**Herr Dr. Wöllenweber** sagte, dass er nur von 30 Prozent Auslastung gehört hat.

**Herr Baus** sagte, dass im Jahr 2015 der Familienbereich mit 87,5 % ausgelastet war und im Jahr 2016 zu 62 %. Bei Einzelpersonen lag die Auslastungsquote im Jahr 2015 bei 77 % und im Jahr 2016 bei 67 %.

### zu 7.4 **Herr Dr. Ali zu verschiedenen Veranstaltungen**

---

Verschiedene Flyer wurden ausgeteilt und **Herr Dr. Ali** lud zur 8. Nacht der Migrantenorganisationen ein.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 8.1 Frau Haupt zum Asylbewerberleistungsgesetz

---

**Frau Haupt** fragte, ob es richtig ist, dass Flüchtlinge aus Indien ab dem 1. Oktober die ihnen zustehenden Leistungen nicht mehr auf ein Konto überwiesen bekommen, sondern jeden Monat persönlich beim Sozialamt abholen müssen? Hintergrund ist ein mir beschriebener „Fall“ einer Familie, wo die oben genannte Verfahrensweise aktuell beschrieben wird.

**Herr Baus** sagte, dass dies generell so ist und nicht nur bei Personen aus Indien, da das Asylbewerberleistungsgesetz dies so vorschreibt. Im Jahr 2015 gab es einige Ausnahmen, da es sehr viele Asylbewerber gab.

### zu 8.2 Herr Kieslich zum Haus der Wohnhilfe

---

**Herr Kieslich** fragte, wer die Entscheidung freiwillig oder unfreiwillig trifft. Er fragte weiter, ob die Menschen direkt angesprochen werden, die eventuell Hilfe benötigen.

**Herr Baus** sagte, dass die Entscheidung von den Menschen selber getroffen wird und niemand gezwungen wird, ins Haus der Wohnhilfe zu gehen. Die Sozialarbeiter gehen aktiv auf die Menschen zu und informieren diese über die Angebote.

### zu 8.3 Herr Schied zum Kostenbeitrag Kita

---

**Herr Schied** fragte, ob der Kostenbeitrag für die Kita monatlich beantragt werden muss? Wenn ja, für welchen Personenkreis findet dies Anwendung?

Eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

### zu 8.4 Herr Senius zum Maßnahmeplan Kinderarmut

---

**Herr Senius** fragte, ob der Maßnahmeplan regelmäßig abgerechnet wird und ob deutlich wird, welche Maßnahmen die Stadt umsetzt und warum gegebenenfalls manche Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Welche Maßnahmen werden mit welcher Priorität angegangen und welche Maßnahmen werden inhaltlich abgelehnt. Weiterhin fragte er welche Ressourcen benötigt werden, um den Maßnahmeplan umzusetzen.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

## zu 8.5 Herr Schied zu Bildung und Teilhabe

---

**Herr Schied** bat um die Darstellung aller Öffentlichkeitsmaßnahmen der Stadt zur Steigerung der Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

## zu 8.6 Frau Dr. Drygalla zum Haus der Wohnhilfe

---

**Frau Dr. Drygalla** fragte, ob es die Möglichkeit gibt, beim Haus der Wohnhilfe eine Postadresse zu erhalten, auch wenn man seinen Wohnsitz dort nicht hat?

**Herr Baus** bejahte dies.

## zu 9 Anregungen

---

### zu 9.1 Themenspeicher

---

*Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.*

### zu 9.2 Herr Czock zur Behindertenfreundlichkeit des Marktplatzes

---

**Herr Czock** merkte an, dass die Kabel auf dem Marktplatz Gefahrenquellen für Menschen mit Behinderung sind und es häufig zu Stürzen kommt. Weiterhin besteht ein erheblicher Höhenunterschied zwischen Straßenbahn und Marktplatz, wenn man im letzten Wagen ist und aussteigen möchte.

**Herr Kieslich** gab den Hinweis, dass Sehbehinderte ebenso Probleme mit der Sichtbarkeit haben.

**Herr Dr. Fischer** sagte, dass die Längen der Bahnsteige andere sind und die Türen der Straßenbahnen mit Hinweisen ausgestattet sind. Die Kabel auf dem Marktplatz müssen durch Kabelbrücken bedeckt werden, die leider sehr hoch sind. Beim Bau des Marktplatzes wurden zu wenige Anschlüsse verlegt. Herr Dr. Fischer sagte, dass die Hauptwege frei von solchen Brücken sein sollen und dies nochmals vorgetragen wird.

**Frau Haupt** beendete die Sitzung.

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Jenny Falke  
stellv. Protokollführerin